

Aussensicht einer Insiderin

Autor(en): **Stämpfli, Regula**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Schriftenreihe = Collection / Forum Helveticum**

Band (Jahr): **16 (2007)**

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-833151>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

AUSSENSICHT EINER INSIDERIN

Regula Stämpfli

Wer meint, die «Baustelle Europa» liesse sich beispielsweise vor deutschem, britischem oder französischem Publikum einfacher erklären als vor schweizerischem, irrt. Als dozierende Handelsreisende in Sachen Politik kann ich in der Schweiz immer auf einige Aha-Effekte punkto Föderalismus, Konkordanz und die Mitberücksichtigung von Minderheiten bauen, während das europäische Publikum bei diesen Begriffen manchmal nur entsetzt den Kopf schüttelt. Versuchen Sie einmal, einem gebildeten Briten zu erklären, dass in der Europäischen Union (EU) die Präsidentschaft alle sechs Monate wechselt. Sie ernten nur Unverständnis. Erzählen Sie einmal einem französischen Unternehmer von den föderalistischen Vollzugsschwierigkeiten auf europäischer Ebene. Er wird sie nicht verstehen. Wenn Sie wirklich scheitern wollen, dann verteidigen Sie doch aus demokratietheoretischen Überlegungen gegenüber einem Deutschen die fehlende Macht des Europäischen Parlamentes. Die Diskussion wird Stunden dauern. Brüssel ist eben Bern oft viel näher als beispielsweise Paris, London oder Berlin – von Warschau gar nicht zu sprechen. Was leider jedoch weder Brüssel noch Bern wirklich merken. Deshalb plädiere ich schon seit Jahren für eine «Verschweizerung Europas» und eine «Europäisierung der Schweiz».

Denn es ist verflixt. Kein anderes europäisches Politiksystem gleicht in der Art und Weise wie Politik gemacht wird dem schweizerischen so sehr wie «Brüssel». Doch ein wirklicher Austausch der grossen Themen zwischen Brüssel und Bern findet nur wenig statt. Dabei braucht man nur hinzuschauen.

In der Schweiz gibt es immer wieder grosse Herausforderungen punkto staatspolitischer Balance der Kulturen, Sprachen und Identitäten – in der EU sieht dies nicht anders aus, selbstverständlich ist die Grössenskala jedoch verschieden. In der Schweiz ist es nicht immer einfach, zwischen Finanz- und Dienstleistungssektor, Export- und Importwirtschaft sowie zwischen Protektionismus (sprich Landwirtschaft) und Öffnung (sprich EU, WTO) zu balancieren. In der EU gibt es dieselben wirtschaftspolitischen und politischen Auseinandersetzungen, die nicht nur neue Herausforderungen (Verfassung, Aussenpolitik), sondern oft existentielle Themen auf die politische Agenda (Landwirt-

schaft) bringen. Das schweizerische System operiert seit Jahrzehnten an der Nahtstelle von Business und Politik – hierzulande nennt man das Milizsystem. Brüssel tut spätestens seit dem Fall der Mauer dasselbe, hier nennt man es Lobbying. In der Schweiz sorgen Maximalisten via Kantone, Ständerat und direktdemokratischen Vetos immer wieder für die Bevorteilung der Kleinen, ermöglichen unheilige Allianzen zwischen Kantons- und Wirtschaftsinteressen und können wesentliche Änderungen über Jahre hinweg blockieren. In der EU sorgen dafür der Europäische Investitionsfonds, der Ausschuss der Regionen, die für die Kleinen sehr vorteilhaft gewichteten Ratsstimmen sowie das Versagen der auf Eigeninteresse bedachten Nationalstaaten. Steht in der Schweiz das Parlament direkt in Konkurrenz zur direkten Demokratie sowie der immer wichtiger werdenden Exekutive, kämpft das Europäische Parlament um seine Stellung zwischen Kommission und Rat. Der «Parlamentarismus unter widrigen Umständen» in Brüssel könnte punkto Kommunikation, Transparenz und Bürgernähe sehr viele Erkenntnisse vom «Parlamentarismus unter Volksmehrheiten» in Bern gewinnen.

Noch einmal: Bern und Brüssel sind sich viel näher als beide meinen und es fehlt überall an Übersetzern und Übersetzerinnen, die nicht nur verschiedene Sprachen beherrschen, sondern auch über politische Kompetenzen, Institutionen, Akteure und Prozesse verfügen, um die Zusammenhänge unkompliziert und verständlich zu diskutieren. Die Philosophin Hannah Arendt meinte einmal, dass moderne Gesellschaften sich selber das Leben und die Demokratie erschweren, indem das Handeln durch «Sich-Verhalten», die demokratische Teilnahme durch die Herrschaft von Personen und durch Bürokratie, diese «Herrschaft des Niemand» ersetzt werden. Die Vergesellschaftung aller Lebensbereiche stellen für die EU und die Schweiz, ja für die ganze Welt, grosse Herausforderungen dar, die nur politisch, demokratisch und multikommunikativ bewältigt werden können. Doch solange sich die meisten Länder auf den Standpunkt stellen, mit veralteten Politiken wie die Postkutsche im Nanozeitalter national operieren zu wollen, sieht die Zukunft nicht sehr rosig aus, mal ganz abgesehen von den grossen geostrategisch und klimatisch unbewältigten Politikfeldern. Es fällt in der Politikberatung in beiden politischen Systemen «Schweiz» und «EU» zudem auf, dass das Motto gerne ist: Weshalb einfach, wenn es nur kompliziert geht? Macht versteckt sich gerne hinter Komplexität und «Systemlogiken», was einen für die Moderne nicht untypischen Vorgang darstellt. Die moderne «Vermessung der Welt» (Hannah Arendt) führt zur Atomisierung wichtiger philosophischer und politischer Gesellschaftsaufgaben. Deshalb sehen die Politikentscheider oft den Wald vor lauter Bäumen nicht mehr. Das ist

gerade in der Diskussion um «quo vadis Europa» nicht nur ärgerlich, sondern nimmt oft selbstdestruktive Züge an.

Gerade die akademische Ignoranz der herrschaftlichen Fachsprachen scheint alles tun zu wollen, nur damit die Bürger und Bürgerinnen der Schweiz und in Europa nicht wirklich verstehen sollen, «was der Fall ist» (Peter Sloterdijk). Da werden Tausende von Seiten in europäischen und schweizerischen Fachjournalen publiziert, um im Wesentlichen ein Schlachtfeld zu organisieren, in welchem die Mittel der Vereinfachung und die der Komplizierung miteinander ringen. Alle berufen sich auf «Realismus» und alle schreien nach «Kommunikation», doch im Wesentlichen befinden sich die Meisten im Kampf miteinander. Die Europa-Gegner sortieren die europäischen Erfahrungen in Brauchbares und Unbrauchbares und vereinfachen die Dinge zuerst, um sie dann in ihrer Falschheit unendlich zu wiederholen. Die Europa-Befürworter andererseits sortieren auch alle europäischen Erfahrungen in Brauchbares und Unbrauchbares und beschwören den Frieden, der angesichts der historischen blutigen Schlachtfelder Europas wahrlich kein Klacks ist. Sie verpassen jedoch in ihrer oftmals elitären Europa-Verklärung die Chance, bürgernahe Politiken nicht nur zu kommunizieren, sondern sie zunächst auch mal herzustellen. In dieser Situation gewinnen dann alle Positionen von links bis rechts, die mehrdeutige Phänomene nicht erklären wollen, sondern sich in der organisierten Unverantwortlichkeit ganz bequem einrichten.

So werden wichtige Chancen des Miteinanders und der Zukunft vergeben. Zudem werden die herrschenden Konflikte, die entscheidende Auseinandersetzungen um Macht und Verteilung der Gegenwart darstellen, verschleiert. Auch hier lohnt sich ein Blick von Brüssel in die Schweiz. Und zwar in die Schweizergeschichte. Denn 1848 führte die Bundesverfassung die Wirtschafts- und Währungsunion in einem Gebiet der unterschiedlichen Sprachen, Kulturen, Konfessionen und Interessen ein. Es war im Wesentlichen das Programm der Liberalisierung von Kapital, Waren, Personen und Dienstleistungen. Dieses Programm war politisch mit der Verfassung besser eingebettet als dies die EU mit den Verträgen von Maastricht bis Nizza bis jetzt leistet. Dennoch gleichen sich die Schwierigkeiten der Ungleichzeitigkeit von ökonomischer Liberalisierung und politischer Bewältigung. Die Schweizer Erfahrung zeigt Brüssel nämlich eines ganz deutlich: Kapital und Waren lassen sich vergleichsweise einfach freisetzen. Doch mit der Liberalisierung von Dienstleistungen und Personen gehen grosse politische Auseinandersetzungen und viel Zeitverbrauch einher. Seit wie lange dürfen Schweizer Lehrer, Anwälte, Ärzte, Kranken-

personal etc. ohne Zusatzdiplome, kantonale Anerkennungen und Bescheinigungen schweizweit arbeiten? Das ist erst ein paar Jahre her. Seit wann geht es, gleichzeitig an der Uni Zürich und Lausanne zu studieren? Auch nicht sehr lange her. Wie lange gibt es die volle Niederlassungsfreiheit für verheiratete Frauen? Seit 1988! Also. Die schweizerische Erfahrung seit 1848 ist voller Beispiele, welche politischen, kulturellen und konfessionellen Folgen die Liberalisierung von Kapital, Waren, Personen und Dienstleistungen in einem ehemals heterogenen politstaatlichen Gebiet auf die Gestaltung von Politik in einem neuen einheitlichen Wirtschafts- und Währungsraum haben können.

Wieso sollte dies denn in der EU anders sein? Die Grösse, die Geschichte und die Kulturen sind selbstverständlich unterschiedlich. Dennoch: Die Einführungen eines einheitlichen Wirtschafts- und Währungsraumes zeigen überall ähnliche Auswirkungen. Wer als Europagegner meint, besonders clever zu sein und zu posaunen, jetzt sei genug Integration, die Einführung der Wirtschafts- und Währungsunion sei ein wichtiger, aber der letzte Schritt gewesen, hat von Geschichte, Ökonomie und Politik nichts begriffen. Denn selbst wenn Brüssel die nächsten zehn Jahre mit dem Vertrag von Nizza politisieren will, werden die grossen politischen, kulturellen und gesellschaftlichen Folgeerscheinungen der Wirtschafts- und Währungsunion Europa massiv verändern. Und eben nicht nur ökonomisch, sondern vor allem kulturell, gesellschaftlich und politisch. Die ersten Vorbeben solcher Vorkommnisse sehen wir schon längst. Die schweiz- und deutschlandweit geführte Kinderdebatte beispielsweise hat direkt mit Maastricht zu tun. Die Integrationsprobleme von Frankreich, Deutschland, Grossbritannien und den Niederlanden beispielsweise sind ohne Maastricht und WTO nicht zu denken. Liberalisierung von Kapital, Waren, Dienstleistungen und Personen beleben eben nicht nur den Markt, sondern die den Markt bevölkernden Personen. Dass dabei gleichzeitig massive kulturelle Verschiebungen und massive sozialpolitische Neuanforderungen auf die nach Nationalstaatenmuster klassisch eingerichteten Gesellschaften zukommen, wird gerade in Brüssel durch fehlendes europäisches und historisches Bewusstsein viel zu wenig berechnet, diskutiert, politisch antizipiert. Es reicht nicht, immer wieder sich selber für den über 60 Jahre dauernden Frieden zu beglückwünschen (selbst wenn dies wirklich eine herausragende Leistung ist) und dabei die Brandherde vor der Tür nicht einmal zu riechen!

Die Schweizer Verfassungsväter waren diesbezüglich wesentlich klüger. Sie wussten noch, welche revolutionäre Bewegung sie mit ihrem Programm des Bundesstaates, der Wirtschafts- und Währungsunion in Gang setzten. Sie waren

alles andere als naiv, wenn es darum ging, nicht nur eins und eins, sondern die Folgen von eins und eins zusammenzuzählen. Sie konnten sowieso noch denken und nicht nur Subventionen zählen! So folgte auf die Einführung des gleichen und allgemeinen Männerwahlrechts auch sofort die Einführung der allgemeinen Schulpflicht. So folgte auf die Einführung der Schulpflicht die sofortige Einführung eines landesweiten Verbotes der Kinderarbeit. So folgten auf die grossen sozialen Veränderungen die wichtigen landesweiten Fabrikgesetze und soziale Einrichtungen. So folgte auf die grossen Herausforderungen der Kriegszeit die ökonomische Grundsicherung des Staatswesens. Es gäbe sehr viele Beispiele aus der politischen Geschichte der Schweiz und Europas um zu zeigen, dass politisch denkende Menschen ökonomische Revolutionen so einrichten, dass sie langfristig keine Selbstzerstörung betreiben.

Wenn alle menschlichen Bereiche der Ökonomie zur Disposition stehen – so auch die Meinung des liberalen Vordenkers Josef A. Schumpeter – erhöht sich die Gefahr, dass sich der Kapitalismus früher oder später selber kannibalisiert.

Die «Baustelle Europa» operiert in einem überdimensionierten Konkordanzsystem, in welchem nicht nur ökonomische Prozesse, sondern vor allem auch politische Dynamiken mitberücksichtigt werden müssen. Einfache Majoritäten und ökonomische Atomisierung funktionieren in kulturell und konfessionell heterogenen Gesellschaften nur unter erschwerten Bedingungen. Denn oft benehmen sich die europäischen Regierungen der Mitgliedstaaten, wenn es beispielsweise um die Subventionen und Standortwettbewerbe geht, noch nicht wirklich wie EU-Mitgliedstaaten, sondern wie nationalstaatliche Konkurrenten. Aus der Schweiz kennen wir die Schwierigkeiten der unterschiedlichen Finanz- und Politikhoheiten, die mit der Steuerharmonisierung via Bund und Volksabstimmung auf eine praxisorientierte Basis gestellt werden mussten. In Brüssel gilt zudem noch die Macht des Europäischen Rats, der wie eine Geheimdiplomatie aus dem 19. Jahrhundert funktioniert. Minister und Staatsangestellte formulieren Politiken, die den Zielen der Wirtschafts- und Währungsunion entsprechen. Dies ist zwar oft effizient und sogar vernünftig, aber politisch von der Wirklichkeit der Bürger und Bürgerinnen weit entfernt. Dies ergibt Disparitäten, Ungleichzeitigkeiten und Schwierigkeiten, die wir tagtäglich in den Zeitungen mitverfolgen können. Der Druck der Modernisierungsschübe durch das Schrumpfen der Welt ist beträchtlich und wickelt sich in einem Tempo ab, welches selbst die Entscheidungsträger zu überraschen vermag. Die Bürger und Bürgerinnen der Schweiz und der EU üben sich dann oft in einem Politikverdruss, weil sie nicht verstehen, weshalb die EU oder die

Schweizer Politik dort agiert, wo beide Systeme als politische Einheiten eigentlich nichts mehr wirklich zu sagen haben.

Angesichts dieser komplexen Ausgangslage zeigt sich die europäische Beitrittsdiskussion in der Schweiz auch in anderem Licht. Der Philosoph Karl Jaspers meinte einmal: «Demokratie setzt eigentlich jenes Vertrauen voraus, das sie erst unter den Bürgern schafft». In der Diskussion Schweiz-EU liesse sich in Anlehnung an dieses Diktum auch formulieren: «Ein Schweizer Beitritt setzt jenes europapolitische Verständnis voraus, das es erst eigentlich zu schaffen gilt». Oder für Europa: «Eine funktionierende EU setzt eigentlich jenes europapolitische Verständnis voraus, das sie zuerst schaffen muss». Dies gleicht manchmal beiderorts dem Versuch, den Pudding an die Wand zu nageln.

Da wird angesichts des Ist-Zustandes gemessen, gewogen und abgeschätzt, was denn sein könnte, falls die Entwicklung so weitergeht. Dabei geht es eben nicht nur um eine Milchbüchleinrechnung, sondern um grosse, politische Zusammenhänge. In der Schweiz wird beispielsweise die Frage, was mit der direkten Demokratie im Falle eines EU-Beitritts passieren könnte, vor allem unter formaljuristischen Aspekten diskutiert. Dies ist mehr als kurzsichtig, denn ein EU-Beitritt ist – wie übrigens auch innereuropäisch die Frage nach dem Verfassungsvertrag – nun wirklich keine formaljuristische, nicht einmal eine institutionelle oder gemeinschaftsrechtliche, sondern vor allem eine politische Frage.

Dass in der EU auch das Unmögliche möglich ist, zeigen die Beitritte Rumäniens und Bulgariens auf den 1. Januar 2007. Da wurden mit lockerer Hand und ohne grosse Bauchschmerzen die Kopenhagener Kriterien punkto Menschenrechte, Korruptionsbekämpfung, demokratischer Entscheidungswege, Freiheitsgarantien etc. über den Haufen geworfen, nur um den einmal von Brüssel festgesetzten Fahrplan der Osterweiterung glatt über die Bühne zu bringen. Solange kein Referendum in irgendeinem Mitgliedstaat punkto Europäischer Verfassung geplant ist, solange kein Regierungswechsel in einem Mitgliedstaat, dessen Programm auf einer Subventionsänderung in den EU-Finzen besteht, solange keine EU-Institution den Kompromiss aller ungefähr gleichermassen Unbefriedigten zur Diskussion bringt, kann also europäisches Recht gebogen, oft missachtet, im besten Falle eingehalten werden. Selbst die Bestimmungen zur Wirtschafts- und Währungsunion sind im Falle neuer Mitglieder oft eher Orientierungshilfe als wirklich verbindlich – oder wie steht es nun wirklich mit den 3%?

Die EU sui generis ist äusserst dynamisch (im positiven wie im negativen Sinne), wenn es darum geht, sich widersprechende staatsrechtliche Grundsätze politisch pragmatisch zu bewältigen. Dass dabei die Schaffung demokratischer Partizipationsmöglichkeiten für die Bürger und Bürgerinnen, die Bemühungen um Chancen-, Verteilungs- und Bedürfnisgerechtigkeit, das Einhalten rechtsstaatlicher Prinzipien oft hinter dem national-egoistischen Besitzdenken, der Fixierung auf Partikularinteressen und imaginierter nationaler Identität zurückstehen, bleibt ein gravierendes demokratisches Problem. Ein Problem, das Europa nicht einfach beiseite wischen kann. Ein Problem, das übrigens vor allem in der Schweiz auch als sehr schwerwiegend betrachtet wird.

Die Frage, was mit der Demokratie Schweiz in Europa passieren wird, ist immer mit der Frage wie sich die Demokratie in Europa entwickelt mitzudenken. Chancen sind überall, doch das ökonomische, nationale und politische Ungleichgewicht der organisierten Interessen hat es immer wieder verstanden, viele Prozesse der demokratischen Weiterentwicklung in ganz Europa (auch in der Schweiz) zu blockieren.

Deshalb ist die Frage nach der Demokratie in Europa nicht nur ein inner-europäisches Thema, sondern ein höchst schweizerisches. Hier verpasst es gerade Bern viel zu oft, seine historische Sonderfallposition Brüssel nicht nur vorzuposauen, sondern so zu kommunizieren, dass sie nicht nur verständlich, sondern eigentlich in gewissen Bereichen auch vorbildlich ist. In gewissen Bereichen, wohlverstanden. Denn nicht nur Brüssel soll von der direkten Demokratie lernen, sondern auch Bern hätte noch einige europäische Lektionen nötig, wenn es um die «Tyrannei der Mehrheiten» (Alexis de Tocqueville) und populistische Verkürzungen geht, die in Europa schon längst nicht mehr gelebt werden dürfen, die jedoch in der Schweiz – oft ohne einmal nachzudenken – schon zum politischen Alltag gehören (sprich Einbürgerungsrechte für zweite Generation). So hat das europäische Verfassungsrecht nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, Grundrechte nicht einfach zur Disposition irgendwelcher politischer Mehrheiten zu stellen, sondern dafür zu sorgen, diese über alle künftigen Generationen zu schützen. Andererseits kann die direkte Demokratie der Schweiz Europa zeigen, dass die Mitsprache der Wählenden die staatsbürgerlichen Identitäten stärkt, die Regierenden zu einer – in Europa noch unüblichen – Kommunikation und Machttransparenz führt sowie die politische Kultur der Aushandlung stärken kann. Dies bedingt aber selbstverständlich, dass die Schweiz die hohen Anforderungen, die die direkte Demokratie an ihre Bürger und Bürgerinnen stellt, selber auch erfüllt. Sowohl in

Brüssel als auch in Bern sollten also Diskussionen über die Stärkung des Rechtsstaates, der Gewaltenteilung und der Mitsprache des Volkes nicht nur vermehrt, sondern alltäglich so geführt werden, dass die umwälzenden Veränderungen im ökonomischen Bereich auch eine gesellschaftspolitische Begleitung erfahren. Ohne solche Begleitung könnte die europäische und schweizerische Zukunft sehr schnell düster aussehen.

Kompromisse, reale Einschätzungen und der Wille, auch Widerstände gemeinsam auszuhandeln, sind für solche Zukunftspolitiken nicht die schlechteste Voraussetzung demokratischen Handelns. Die Global Players Schweiz und EU müssten sich auch nicht immer unbedingt wie kleine Neffen des übermächtigen Onkels aus den Vereinigten Staaten benehmen. Dieses Mauselefantenverhalten war in der Vergangenheit für Europa zwar überlebenswichtig, doch mittlerweile haben sich die Zeiten geändert. Ein bisschen mehr Selbstvertrauen, Stolz und Schutz der eigenen Identitäten wäre durchaus angebracht. Die Selbstbestimmung in und für Gemeinschaften setzen eben nicht Abschottung, sondern Kommunikation sowie die Bereitschaft für eine gemeinsame Welt voraus (Hannah Arendt). Dahinter verbirgt sich keine Leitkultur, keine gemeinsame Ideologie, sondern primär die Vermittelbarkeit von Meinungen und öffentliche Kommunikation sowie ein Gemeinsinn der Kompetenzen, die «Welt so zu sehen wie sie der Fall ist». Entscheidend für Europa und die Schweiz werden die europapolitischen Diskussionen sein, die sowohl die Summe der unterschiedlichen Mitglieder als auch die gemeinsamen Pfeiler für ein Leben miteinander berücksichtigen. Dies erfordert Kompetenzen, die aber mehr und mehr zugunsten der Technik, der Ökonomie, der Vermessung von Inhalten in der Demoskopie-Demokratie geopfert werden. Dass eine gemeinsame Welt im Sinne der freiheitlichen Demokratie in Zukunft nicht ohne klare machtpolitische Auseinandersetzungen laufen wird, ist selbstverständlich und soll hier nicht verschwiegen werden. Denn die Moderne hat es an sich. Sie bringt Teilungen und Herausforderungen, denen die Massengesellschaften menschlich, demokratisch und kulturell nur schlecht gewachsen sind. Leitlinien, die von Nobelpreisträger Amartya Sen in «Identity and Violence» zur Bewältigung der Identitäts-Illusionen und -Realitäten formuliert werden, könnten aber gerade für Europa und die Schweiz wegweisend sein. Es ist höchste Zeit, die Herausforderungen auch als Chance und neue Freiheiten zu packen. Die Diskussion dabei ausschliesslich den Juristen und Ökonomen zu überlassen, wäre ein grosser Fehler. Denn Politik hat vor allem mit Menschen und nicht mit Gesetzen und Waren zu tun. Dies sowohl in Bern als auch in Brüssel.

LITERATURHINWEISE

ARENDETT HANNAH, *Vita activa oder vom tätigen Leben*, München, Zürich, 2006 (original: *The Human condition*, University of Chicago Press, Chicago, 1958).

DE TOCQUEVILLE ALEXIS, *Über die Demokratie in Amerika*, Reclamausgabe, Stuttgart, 1985.

MILWARD ALAN, *The European Rescue of the Nation State*, London, 2000.

PFETSCH FRANK R, *Die Europäische Union*, München, 3. Auflage UTB, 2005.

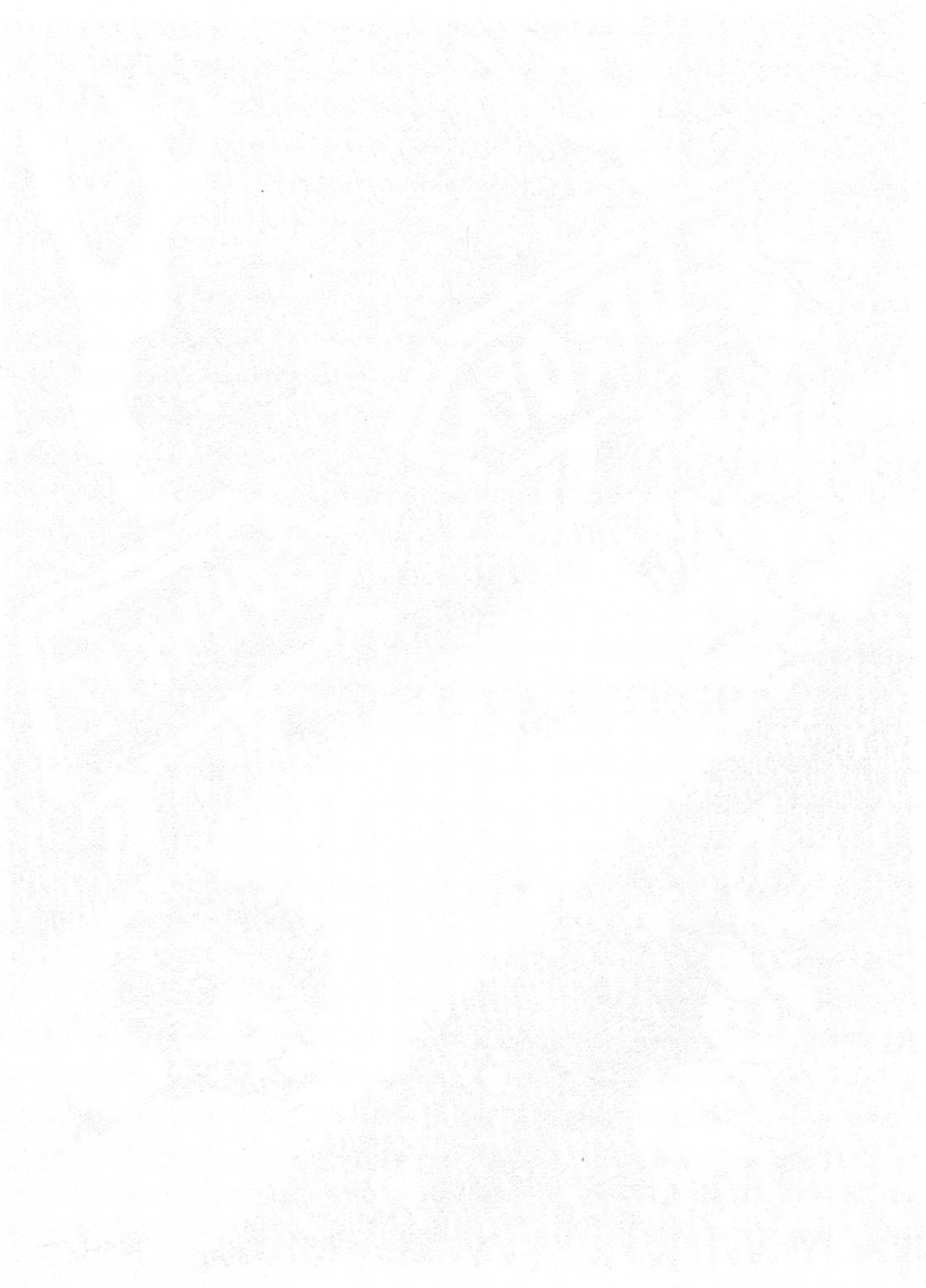
SCHUMPETER JOSEF A., *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie*, München, UTB, 2005.

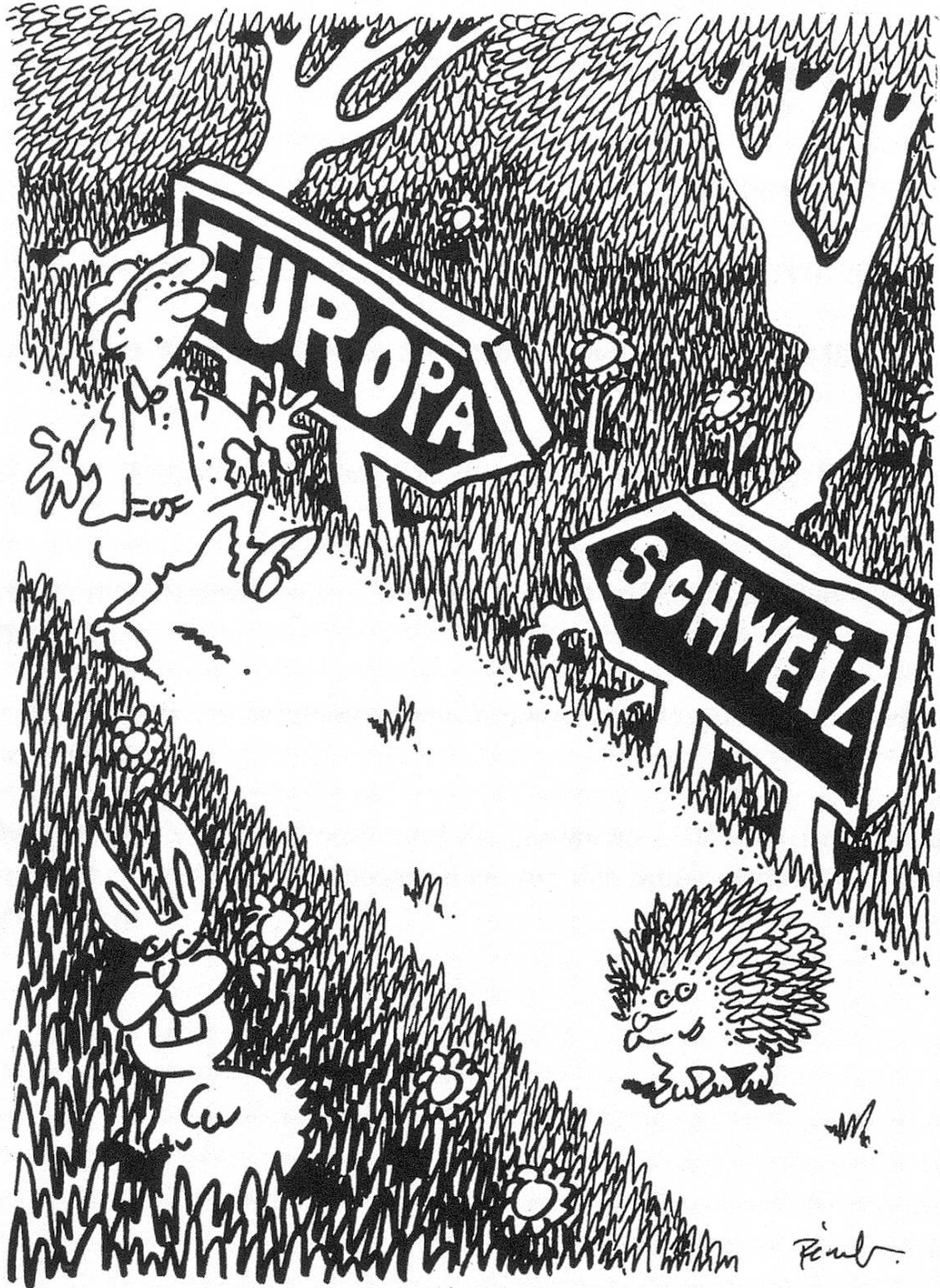
SENN AMARTYA, *Identity and Violence. The Illusion of Destiny*, Penguin Books, London, 2006.

SLOTERDIJK PETER, *Kritik der zynischen Vernunft*, Bd. 1 und 2, Edition Suhrkamp, Frankfurt a. Main, 1983.

STÄMPFLI REGULA, *Vom Stummbürger zum Stimmbürger. Das Abc der Schweizer Politik*, Zürich, 2003.

Sonderheft *Europa* von *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 10/2007 (Beilage zur Wochenzeitung *Das Parlament*, herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung in Bonn).





Paul